

# Aachener Impulse

## Ohne Moos nix los, oder: Kein Verband ohne Beitrag

Die Debatte um eine längst überfällige Beitragserhöhung hat eine Frage aufgeworfen: Wollen wir weiter ein Verband sein, der viele Basisgruppen miteinander verknüpft und sie in ihrer Arbeit durch hauptamtliche MitarbeiterInnen in einem ortsnahen KAB-Zentrum unterstützt? Gerade in einer Zeit, in der Menschen wieder dafür gewonnen werden müssen, Werte wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur für wichtig zu halten, sondern für diese Werte auch ehrenamtlich zu kämpfen – und das in einer Gesellschaft, die immer mehr den inneren Zusammenhalt verliert. Wir wissen alle, dass öffentliche Zuschüsse und Mittel aus Kirchensteuern weniger werden; uns bleibt nur der Beitrag – als Zeichen von Solidarität im Verband. Wir haben in der Vergangenheit von den Rücklagen gelebt, vor allem um Menschen Arbeit zu geben und viele hundert Jugendliche auszubilden. Viele Familien haben in den KAB-Häusern preisgünstig Urlaub machen können. Unsere Bildungsangebote waren und sind gut. Der KAB-Verband Aachen bietet rund 20 Frauen und Männern einen Arbeitsplatz. Mit einer kleinen Beitragserhöhung von 3,80 bzw. 3 Euro erzielen wir eine große Wirkung: Sicherung von Arbeitsplätzen und Aufrechterhaltung unserer Angebote. Wir glauben, dass die Gruppen und der Verband damit gut leben können. Machen Sie mit, wir werden uns mit Blick auf die Bundestagswahlen 2002 weiter für mehr Gerechtigkeit einsetzen.

Georg Hupfauer, Vorsitzender

## Von der (un)sozialen zur solidarischen Marktwirtschaft

### Grundeinkommen kann zum Wandel beitragen

Ökonomische Analysen diagnostizieren zurzeit steigende Arbeitslosenzahlen (4 Millionen registrierte, 2 Millionen verdeckt Arbeitslose und ca. 2 Millionen „Stille Reserve“), die zum größten Teil strukturell bedingt

regelmäßigen Erwerbsarbeit weniger als das Existenzminimum verdienen. Neue Daten zeigen, dass 50 % aller neu ins Erwerbsleben Eintretenden in solche prekären Einkommensverhältnisse fallen. Auf der anderen

Seite wird die Ungleichheit in der Einkommens- und insbesondere in der Vermögensverteilung immer größer. Dies ist zum Teil Ausfluss einer immer stärkeren steuerlichen Entlastung der Vermögen und der Einkommen aus Vermögen. Diese zwei Problemkreise zeigen einen grundlegenden Wandel in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung, der mit dem Oberbegriff „Sättigung“ oder Stagnation gekennzeichnet werden kann.

Hieraus wird zwingend eine Veränderung der Absicherung von Einkommensrisiken, weg von starr lohnarbeitszentrierten Sozialversicherungen, deutlich. Die KAB Aachen diskutiert und forscht seit etwa 15 Jahren zu diesem Thema und präferiert die Einführung eines bedarfsunabhängigen Grundeinkommens:

Jeder hat ein Recht auf ein Grundeinkommen, der in Deutschland eine Tätigkeit im Sinne der „Triade der Arbeit“ nachgeht – Erwerbsarbeit im so genannten 1. Arbeitsmarkt und Privatarbeit (Kindererziehung, Pflege) sowie gemeinwesenbezogene Arbeit (Ehrenamt) werden als gleichrangig angesehen. Unter 18-Jährige



Mit der „Einkommenspyramide“ haben die Verantwortlichen der KAB bei Bildungsveranstaltungen und Aktionstagen eindrucksvoll auf die Verteilung der privaten Geldvermögen aufmerksam machen können.

sind, d.h. der primäre (Landwirtschaft) und der sekundäre (Industrie) Sektor setzen massiv Arbeitskräfte frei und der tertiäre Sektor (Dienstleistungen) ist nicht in der Lage, diese aufzunehmen. Daneben wird der Arbeitsmarkt immer mehr von prekären Einkommensverhältnissen wie Scheinselbständigkeit, Zeit- und Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, befristete Anstellung dominiert. Folge sind die „Working Poor“ – Menschen, die trotz einer

Fortsetzung von Seite 1

und über 65-Jährige sind von den Voraussetzungen ausgenommen. Die Höhe des monatlichen Grundeinkommens ist abhängig vom Lebensalter: ab dem Tag der Geburt 250 Euro; ab dem 6. Lebensjahr: 360 Euro; ab dem 12. Lebensjahr 440 Euro und ab dem 18. Lebensjahr 600 Euro. Risikogruppen erhalten einen pauschalierten Mehrbe-

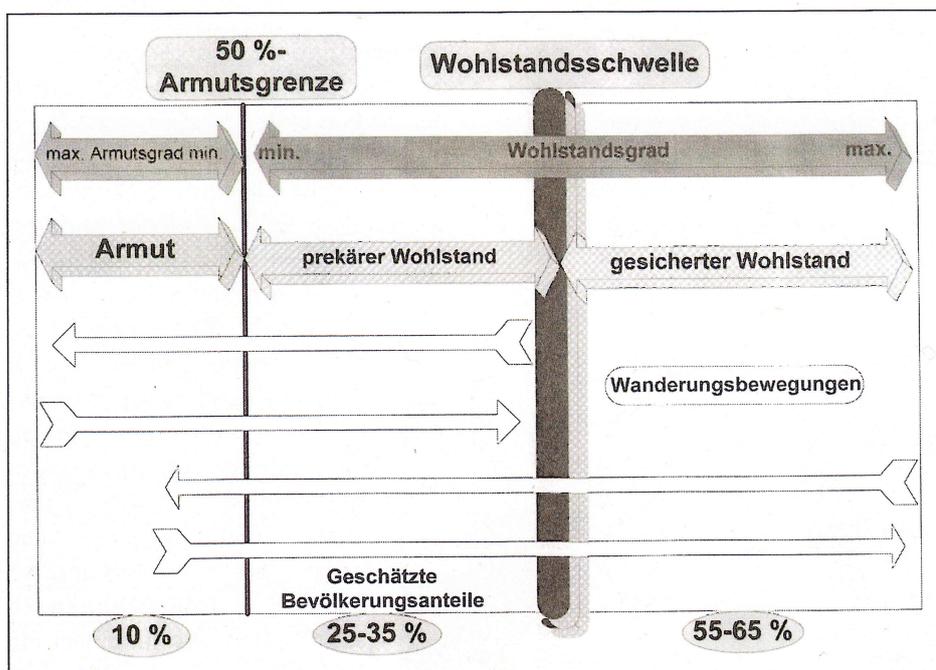
darf von 170 Euro. Das Grundeinkommen für ein Ehepaar mit zwei Kindern läge danach bei 1600 Euro.

Die Kosten für dieses Modell belaufen sich im Jahr auf 499 Milliarden Euro. Das bedeutet: Es bedarf einer grundsätzlichen Neuorientierung in den Finanzierungsströmen der Sozial- und Finanzpolitik. Nach Abzug der (nach Einführung des Modells) wegfallenden Sozialleistungen und

der geringeren Staatsausgaben verbleiben noch 380 Milliarden Euro, die nur durch eine große und vor allem auch „gerechtere“ Umgestaltung des Steuersystems aufgebracht werden können, dazu gehören: Wiedereinführung der Vermögensteuer, Wiedererhöhung der Erbschaftsteuer, Abschaffung des Ehegattensplittings, Erhöhung von Verbrauchssteuern sowie die Einführung von Steuern auf Börsengeschäfte. Es verbleibt dann eine letzte Belastung von 86 Milliarden Euro. Sie kann allein durch die Wachstumsprozesse getragen werden, die durch die höheren Konsummöglichkeiten gerade der Niedrigeinkommenshaushalte ausgelöst werden. Nur in der Einführungsphase kommt es eventuell zu einer höheren Neuverschuldung des Staates.

Da heutige Projektionen der ökonomischen Gegebenheiten die oben genannten Entwicklungen immer wahrscheinlicher erscheinen lassen, bleibt uns in einer solidarischen Marktwirtschaft keine andere Möglichkeit, als das Grundeinkommen in mehreren Stufen einzuführen.

Ralf Welter



## Jeder hat Anspruch auf soziale Grundsicherung

### Ein Modell des KAB-Bezirksverbandes Osnabrück

Dieses Modell wurde 1996/97 vom sozialpolitischen Arbeitskreis im KAB-Bezirksverband-Osnabrück entwickelt. Ausgangsfrage war, ob man sich mit der Weiterentwicklung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme befassen will oder ein völlig neues System favorisiert.

Die Entscheidung für Letzteres hatte mehrere Gründe. Ausschlaggebend waren folgende Überlegungen: Der Armut in unserem Land muss wirksam begegnet werden, vor allem bei Familien mit Kindern. Und gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten, die nicht Erwerbsarbeit sind, müssen besser sozial abgesichert und anerkannt werden. Hinzu kam, dass die bestehenden sozialen Sicherungssysteme

in der Krise stecken. Das Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland ermutigte die Verfasser, diesen Weg bis heute weiter zu gehen.

Das Modell wurde und wird ständig weiterentwickelt. Es beinhaltet zum einen die materielle Existenzsicherung für Kinder und Erwachsene in allen Lebenssituationen, und zwar oberhalb des Existenzminimums. Zum anderen fördert es die Möglichkeiten, selbst für seinen Lebensunterhalt sorgen zu können, und schafft dazu Anreize.

Es versteht sich als Ergänzung zu den bestehenden Sozialversicherungssystemen ohne diese zu ersetzen. Für ein solches Modell spricht,

dass es einfach und damit transparent ist. Anders als bestehende Systeme basiert das Osnabrücker Modell auf einem Individualprinzip: Jeder Einzelne hat Anspruch auf eine Grundsicherung, wenn sein eigenes Einkommen nicht bestimmte Grenzen überschreitet. Das Einkommen von Familienmitgliedern wird nicht berücksichtigt.

Wer mehr über das Modell wissen möchte, erhält Infos bei: KAB-Diözesanverband-Osnabrück, Domhof 2, 49074 Osnabrück, Telefon: 05 41/31 83 91, E-Mail: kab@bistum-os.de. Demnächst wird es im Internet unter [www.kab.de](http://www.kab.de) und dort unter Diözesanverband Osnabrück als Download bereitstehen.

# Wie alles begann ...

## Entstehungsgeschichte der Diskussion um das KAB-Modell

In der sozialpolitischen Auseinandersetzung auf den unterschiedlichen Ebenen der KAB wurde immer wieder die tägliche Lebens- und Arbeitserfahrung folgendermaßen formuliert:

1. Das heutige Modell der Erwerbsarbeitsgesellschaft ist überholt. Die wichtigsten Säulen – Vollbeschäftigung und soziale Sicherung – sind nicht mehr konsens- und politikfähig, sie fallen in sich zusammen. Alle bisherigen Strategien blieben erfolglos. Selbst Rekordgewinne schafften keine neuen Arbeitsplätze, im Gegenteil: „Börse hopp – Jobs weg“.

2. Das Konzept des Umbaus der Erwerbsarbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft verlangt das Teilen von Arbeit und Reichtum. Es ist an der Zeit zu erkennen, dass die Einführung einer neuen solidarischen Säule – die Einführung eines Grundeinkommens – ein Beitrag zur Tätigkeitsgesellschaft ist.

### Originaltöne

Dass die Diskussion um ein Grundeinkommen ohne Erwerbstätigkeit auch innerhalb der KAB kontrovers geführt wurde, zeigen die folgenden Zitate aus Veranstaltungen:

„...wer nicht arbeitet... soll auch nicht essen...“ (Thess. 3.10)

„Jeder soll würdig leben.“

„Es gibt eine Interesselosigkeit gegenüber minderer Arbeit.“

„Die Leute werden dann gar nicht mehr arbeiten wollen.“

„Schwarzarbeit wird gefördert.“

„Wo ist dann der Unterschied zwischen Christ sein und Marxismus?“

„Der Ansatz ist gut, aber nicht praktikabel.“

„Hängematte“

„Der Begriff Arbeit muss neu definiert werden.“

„Es bleibt die Frage nach gerechter Entlohnung der Erwerbsarbeit.“

„Die Gesellschaft muss die Schwächeren stützen.“



Der „Penner“ als Symbol für Armut: Die Puppe vor der Eingangstür machte 1999 beim Diözesantrag in Mönchengladbach auf Obdachlosigkeit – auch eine Folge von Arbeitslosigkeit – aufmerksam.

Bis zur ersten Vorlage des Grundeinkommensmodells der KAB Diözese Aachen hat ein langer Diskussionsprozess stattgefunden. Er begann auf dem Bezirkstag der KAB Krefeld-Meerbusch im Oktober 1985 in Gelp-Stratum zum Thema „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die finanzielle Situation von Arbeitslosen“. In einem Arbeitskreis wurde erstmals die Forderung nach einem Grundeinkommen für alle erhoben. Der heutige Redakteur von Publik Forum, Dr. Wolfgang Kessler, referierte im März 1986 beim Bezirksausschuss in Krefeld-Hüls zum Thema: Grundeinkommen ohne Arbeit!? Nach ähnlichen Diskussionen auf dem 1. Bundesfrauenkongress im April 1989 in Mainz und auf dem Bezirkstag der KAB Mönchengladbach, wurde im November 1989 auf dem Diözesantrag der KAB Diözese in Würselen in einem Leitantrag die Forderung nach Einführung eines Grundeinkommens unabhängig vom Erwerbseinkommen erhoben. Sie wurde dann im Juni 1991 in die Krefelder Positionen des Westdeutschen Verbandstages aufgenommen.

Der Verbandsbildungsreferent Dr. Michael Schäfers ermutigte beim Di-

özesantrag im März 1995 die Delegierten: „Streiten Sie für bessere Zeiten“. Im Leitantrag wurde dann ein Modell für ein Grundeinkommen gefordert.

Wie aber kann ein solches Modell aussehen? Mit dieser Frage im Gepäck machten sich Frauen, Männer und Kinder aus der KAB im Herbst 1995 auf nach Rahrbach. Bei dem Herbstseminar informierten sie sich über die bisher bekannten Sicherungsmodelle. Zudem setzten sie sich mit dem Stand der gesellschaftlichen Diskussion bei der Frage der sozialen Sicherung, deren Finanzierung und Gestaltung auseinander. Im Mittelpunkt der Überlegungen stand immer die Gruppe von Menschen, die in unserer gespaltenen Gesellschaft ausgegrenzt sind. In dieser Seminarwoche wurden die Grundzüge, die Zielsetzungen und die Beschreibungen eines Modells des Grundeinkommens formuliert. Nach dem Herbstseminar arbeitete eine kleine Gruppe am Entwurf weiter, führte Bezirks- und Fachtagungen durch. Die Diskussionsergebnisse dieser Tagungen sind in die Grundlagen des nun erscheinenden Buchs eingeflossen.

Werner Fleuren

## +++ Namen sind Nachrichten +++

**Achim „Luigi“ Schyns** aus Eschweiler, Vorsitzender im KAB-Bezirk Aachen, hat vom Präsidenten des Landgerichts Köln seine Berufung zum ehrenamtlichen Richter aus Kreisen der ArbeitnehmerInnen erhalten. Bis Februar 2007 wird „Luigi“ am Arbeitsgericht Aachen tätig sein. Er löst Franz-Josef Schauer aus Kohlscheid-Kämpchen ab, der mit Eintritt in den Ruhestand dieses Ehrenamt aufgeben musste. Die KAB dankt dem Kollegen Schauer für seinen langjährigen Einsatz und wünscht „Luigi“, der auch engagiert in der IG Metall und als Betriebsrat ist, eine glückliche Hand dabei, ehrenamtlich an der arbeitsgerichtlichen Rechtssprechung im Land Nordrhein-Westfalen mitzuwirken.

Die Pfarrgruppe **St. Urbanus in Gangelt-Birgden** war mit ihrem Projekt „Kinderkleider-Tauschbörse“ dritter Preisträger bei dem im Jahr 2001 erstmals ausgeschriebenen Umweltpreis des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Aachen. Der Wettbewerb fand in Zusammenarbeit mit den regionalen Katholikenräten statt. Die Jury würdigte das starke Engagement, die öffentliche Wirkung, die gute Möglichkeit der Nachahmung und den hohen Umweltnutzen. Gleichzeitig werden in dem KAB-Projekt die Anliegen der örtlichen Frauen durch den Treffpunkt berücksichtigt.



### Der Frauen-Infobus im Kreis Heinsberg rollt nicht mehr.

Auch das zweite Frauen-Netzwerk-Projekt zum Strukturwandel nach der Zechenschließung in Hückelhoven, gefördert vom Land und von der EU, ist abgeschlossen. Für den KAB-Diözesanvorstand endete damit die rechtliche Trägerschaft, für die Frauen vor Ort und die KAB-Verantwortlichen im Bezirk bleibt jedoch die Frage, wie die sinnvollen Ansätze für die künftige Frauen-Arbeit aufgegriffen werden können. Mit einer öffentlichen Diskussionsrunde nahmen die Projekt-Frauen Abschied vom Infobus. Bei dieser Gelegenheit dankte Diözesansekretär Leo Sulewski der scheidenden Mitarbeiterin Sylvia Begall für ihren engagierten Einsatz.

## +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++

### ■ Nell-Breuning-Haus

**Zaungäste? Die 78er-Generation auf Spurensuche ihrer eigenen Geschichte.** Eine Tagung für 40- bis 50-Jährige. 7./8. Juni; Ansprechpartner Wilfried Wienen.

**Der Euro ist da – das Europabewusstsein ist erst im Werden.** Bildungsfreizeit für Menschen nach der Berufszeit. 24. – 27. Juni, Ansprech-

partner Hermann van den Berg.

**Entdeckung – Erholung – Spannung – Spaß.** Bildungsfreizeit für Erwachsene und Kinder. 19. Juli – 2. August; Ansprechpartner Josef Meiers.

Mehr Infos zu den Veranstaltungen unter Tel. 0 24 06-9 55 80.

### ■ KAB-Bildungswerk

**Kampagne-Wochenenden mit Werkstätten,** 26. bis 28. April, NBH.

**Seminar Werbung „Offensive 2003“,** 24. bis 26. Mai, NBH.

Mehr Infos im Diözesanbüro oder im nächsten KAB-Zentrum.

### ■ Kulturfest

In drei Abschnitten wurde seit 1999 umgebaut; das Nell-Breuning-Haus hat seine Zimmer auf den neusten Stand gebracht. Das und vieles mehr wird gefeiert: mit einem Kulturfest am Samstag, 29. Juni.

## Anschriften

### Verantwortlich für „Aachener Impulse“:

Georg Hupfauer  
KAB-Diözesanverband  
Martinstr. 6, 52062 Aachen  
Telefon: 02 41/400 18 0  
Fax: 02 41/400 18 50  
Redaktion: Jutta Geese

### AnsprechpartnerInnen in den KAB-Zentren:

**Aachen**  
Bezirksverbände Aachen-Stadt und Eifel,  
Aachen-Land und Düren

Andris Gulbins, Agnes Schnieders  
Telefon: 02 41/4 00 18 60

### Krefeld

Bezirksverbände Krefeld und Viersen  
Franz-Josef Söte  
Telefon: 0 21 51/31 55 28

### Mönchengladbach

Bezirksverbände Heinsberg und Mönchengladbach  
Günter Weber  
Telefon: 0 21 61/20 94 56